

## Mitteilung an die Medien

### **Bauern aus Mitteldeutschland diskutieren mit Bundesminister Horst Seehofer über die Probleme der Landwirtschaft in den neuen Ländern**

Potsdam, den 02.04.2008

Der Deutsche Bauernbund hat am 02.04.2008 in Potsdam seinen diesjährigen Bauerntag durchgeführt. Neben vielen hochrangigen Gästen aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und der Kirchen begrüßten die Bauern vor allem Herrn Bundesminister Seehofer überaus herzlich.

Bauernbundpräsident Klamroth und Bundesminister Seehofer hoben in ihren Beiträgen die besondere Rolle der Landwirtschaft für die Entwicklung der ländlichen Räume hervor.

Der bäuerliche Berufsstand der neuen Länder und der Bundesminister stimmten völlig überein, dass die konsequente Weiterentwicklung des agrarsozialen Umfelds eine der wesentlichsten Aufgaben für die Zukunft ist, und dass nicht allein wirtschaftliche Aspekte die Grundlagen für das politische und verwaltungstechnische Handeln sein dürfen.

Besonders würdigte Präsident Klamroth den positiven persönlichen Einsatz des Bundesministers bei der Novellierung des Gentechnikgesetzes, er warnte aber davor, dass es den Lobbyisten gelänge, durch die Hintertür den politischen Willen von Parlament und Regierung aufzuweichen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Diskussion um die jetzt anstehende Änderung der Agrarreform im Rahmen des Health-Checks.

Während der Bundesminister noch einmal betonte, dass die Verhandlungsposition Deutschlands so ausgerichtet ist, dass an den bestehenden Zusagen bis 2013 nicht gerüttelt werden darf, erklärte Präsident Klamroth, dass über die Degression oder Modulation sehr wohl ein Instrument vorhanden ist, mit dem agrarstrukturelle Verwerfungen in den neuen Ländern korrigiert werden können.

Einig waren sich beide, dass versucht werden soll, möglichst wenig Mittel der EU aus Deutschland abfließen zu lassen.

Kritisch wertete der Berufsverband die Arbeit der BVVG. Nach Meinung des Verbandes hat die praktische Tätigkeit der von der BVVG durchgesetzten politischen Zielsetzungen dazu geführt, dass strukturelle Probleme entstanden sind. Die aktuelle Arbeit der BVVG führt dazu, dass der gesamte Bodenmarkt in den neuen Ländern durcheinander geraten wird und die Betriebe in ernste zusätzliche wirtschaftliche Konflikte kommen.

Der begünstigte Flächenerwerb nach dem Entschädigungs-Ausgleichs-Leistungsgesetz soll bis 2009 abgeschlossen sein. Wenn die dabei durchgesetzten Kaufpreise aber deutlich über den allgemeinen

ortsüblichen Kaufpreisen liegen, wird der vom Parlament festgeschriebene Entschädigungsgedanke ad absurdum geführt.

Auch wenn die Arbeit der BVVG nicht in die unmittelbare hoheitliche Zuständigkeit des Bundeslandwirtschaftsministeriums fällt, hat der Bundesminister zugesagt, in einer nochmaligen Abstimmung sich den Problemen der Arbeit der BVVG zu widmen.

Bundesminister Seehofer betonte, dass seine Politik unter den Prämissen „Vielfalt – Verlässlichkeit – Vereinfachung“ steht. Mit großem Beifall dankten die anwesenden Bauern dem Bundesminister auch für die von ihm durchgesetzten Änderungen beim Erbschaftssteuergesetz und für seine Erklärung, dass es auch mit dem Inkrafttreten des im Verfahren befindlichen Umweltgesetzbuches keine Verschärfungen über die europäischen Standards für die deutschen Bauern geben wird.

Der Berufsstand kritisierte nachdrücklich den nicht mehr zu verantwortenden Entzug von landwirtschaftlicher Nutzfläche für Infrastrukturmaßnahmen und insbesondere für die, in diesem Zusammenhang stehenden Flächenverluste für Ersatz – und Ausgleichsmaßnahmen. Präsident Klamroth formulierte das Unverständnis der Bauern diesbezüglich vor allem unter der Tatsache, dass in den neuen Ländern noch ein erheblicher Anteil von „Industriebrachen“ zur Realisierung dieser Maßnahmen nicht herangezogen wird.

In Deutschland werden täglich etwa 110 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche entzogen, der Bundesminister erklärte, dass es Ziel seiner Regierung ist, diesen Anteil auf max. 30 ha zu reduzieren.

Weitere Themen des Verbandtages waren die unhaltbaren Zustände bei der Durchsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie und die angedachte Novellierung des Erbschaftsteuergesetzes. Präsident Klamroth zeigte sich verärgert und enttäuscht, dass mittels des in Rede stehenden Umweltgesetzbuches und der Änderung des Erbschaftssteuerrechts nach seiner Meinung Eingriffe in die persönlichen Freiheiten durchgesetzt werden sollen und der grundgesetzmäßig verbrieft Schutz des privaten Eigentums ausgehöhlt werden soll.

Konsequent forderte der Verbandstag eine Gleichbehandlung der juristischen Personen mit den Einzelunternehmen bezüglich der ab nächstem Jahr durchzusetzenden Transparenzoffensive (öffentliche Nennung der Beihilfeleistungen für die einzelnen landwirtschaftlichen Unternehmen).

Karsten Jennerjahn, Präsident des Bauernbundes Brandenburg und Vizepräsident des DBB, dankte dem Bundesminister noch einmal für seine Bereitschaft, dass auch trotz der einen oder anderen Intervention, der Deutsche Bauernbund die Interessen der bäuerlichen Betriebe in den neuen Ländern als sach- und fachkompetenter Verband bei der Bundesregierung wahrnehmen kann.

V.i.S.d.P.: Kurt-Henning Klamroth aus Westerhausen. Tel.: 0170-99 61 670